

Der Wahlkampf in England.

London, 29. Okt. Wie der amtliche englische Funkdienst meldet, zeigen die in den Hauptquartieren der einzelnen Parteien eingegangenen Berichte, daß der heutige Wahlkampf überall ungewöhnlich scharf war. Sein Hauptmerkmal ist, daß die Frauen in einer nie dagewesenen Zahl an der Wahl sich beteiligten. Trotz der Erbitterung, mit der der Kampf geführt wurde, ist die Ordnung im allgemeinen nicht gestört worden.

Die Konservative Partei zeigt große Zuversicht. Sie nimmt als sicher an, daß ihr eine klare Majorität über die beiden anderen Parteien zufallen wird, d. h. daß sie von den 615 Parlamentssitzen mindestens 308 erlangen wird, gegenüber 258 Sitzen bei der letzten Wahl. In konservativen Kreisen wird erklärt, der Strom der Wähler sei so stark, daß er Tausende von Wählern zur Wahlurne führe, die nicht nur im letzten Jahr ihre Stimme nicht abgaben, sondern sich niemals vorher die Mühe genommen hätten, zur Wahl zu schreiten. Die Konservativen rechnen auf den Sieg zunächst wegen des Sinowjew-Zwischenfalls, dann deswegen, weil in ihrem Programm der allgemeine Zolltarif nicht steht, der ihnen bei der letzten Wahl die Niederlage brachte, und schließlich bauen sie darauf, daß die Wähler ihre Enttäuschung über die Tätigkeit der Regierung hinsichtlich der Arbeitslosenunterstützung und des Wohnungsproblems befehlen werden.

Im Hauptquartier der Arbeiterpartei erwartet man andererseits, daß die Partei trotz des Sinowjew-Briefes und der von den anderen Parteien an der Tätigkeit der Regierung im Innern geübten Kritik wesentliche Gewinne erlangen wird. Es herrscht die Auffassung, daß die Arbeiter einer Arbeiterregierung ihre Unterstützung zu Teil werden lassen, die sie in den Stand setzen würde, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Lösung des Wohnungsproblems durchzuführen, wozu die bisherige Regierung nicht genügend Zeit gehabt habe. Das Hauptquartier der Arbeiterpartei hat die Erwartung ausgesprochen, daß die Partei nicht nur auf ihrem bisherigen Stand verbleiben, sondern einige Sitze gewinnen wird. Bezüglich dieser Gewinne glaubt man, daß sie zwischen 15 und 35 Sitzen schwanken und daß es die Arbeiterpartei im neuen Unterhaus auf 213 bis 233 Sitze bringen wird.

Das Hauptquartier der liberalen Partei scheint auf eine Verbesserung ihrer parlamentarischen Stellung nicht zu rechnen. Es besteht die Ansicht, daß eher die Konservativen als die Liberalen von den Verlusten der Arbeiterpartei Vorteile erlangen werden. Die Liberalen rechnen mit einem Verlust an Sitzen in Schottland, doch hoffen sie, im großen und ganzen auf ihrer alten Höhe bleiben zu können.

Die ersten Wahlergebnisse.

London, 29. Okt. (Durch Radio) Die ersten 5 bekannt gewordenen Wahlergebnisse brachten den Konservativen 5 Gewinne und zwar 3 Sitze in Halifax, 1 in Wakefield und 1 in Manchester.

London, 29. Okt. (11,45 Uhr abends.) Die ersten Wahlergebnisse bringen den Konservativen Gewinne in industriellen Wahlkreisen. Bisher haben die Konservativen 8 Sitze gewonnen, davon 4 von der Arbeiterpartei und 4 von den Liberalen. Handerson, der gegenwärtige Minister des Innern, wurde in Burnley gewählt. Bis 11,30 Uhr abends, mitteleuropäische Zeit, stehen 12 Wahlergebnisse fest, und zwar wurden 10 Konservative und 2 Arbeiterparteiliche gewählt.

London, 30. Okt. (1,20 Uhr früh. Durch Radio) Der Stand der Parteien nach den bis 12 Uhr nachts deutscher Zeit festgestellten Wahlergebnissen ist folgender: Konservative 35, Arbeiterpartei 16, Liberale 7, Unabhängige 1. Die Konservativen gewinnen 9 Sitze und verlieren einen, die Arbeiterpartei gewinnt 2 u. verliert 5, die Liberalen gewinnen 1 Sitz und verlieren 6. Es ist ein starker Stimmenzuwachs für die Konservativen zu verzeichnen.

London, 30. Okt. (Durch Radio) Wahlergebnisse von 1,30 Uhr früh: Konservative 66, Arbeiterpartei 36, Liberale 12, Unabhängige 1. Gewinne und Verluste verteilen sich folgendermaßen: Konservative 24 bzw. 2, Arbeiterpartei 4 bzw. 12, Liberale 4 bzw. 18. Die Minister Walsh und Clynnes sind wiedergewählt, Margaret Bondfield ist geschlagen.

Zur Reichstagswahl.

Gründung der liberalen Vereinigung.

Berlin, 29. Okt. Wie wir bereits gestern berichteten, haben verschiedene Persönlichkeiten einen Aufruf zur Gründung einer politischen Gruppe unter dem Namen „Liberaler Vereinigung“ erlassen. Der Aufruf ist unterzeichnet von C. F. v. Siemens, Schiffer, Reichsminister a. D., dem Mitglied des Reichswirtschaftsausschusses, Hans Krämer, dem Stadtrat a. D. Bruno Eifenführ, Geheimen Regierungsrat Frenkel, Kommerzienrat Gerjon Simon und Rechtsanwalt Cöppel aus Leipzig. Der Aufruf lautet:

„Nicht um eine Partei zu gründen, haben wir uns zusammengesetzt. Parteien haben wir im Deutschen Reich mehr als genug. Auf anderem Wege dem deutschen Liberalismus wieder zu seinem Rechte zu verhelfen ist unser Ziel. Die Gefahr des deutschen Liberalismus war seine Zersplitterung; sie hat ihn von vornherein um den führenden Einfluß auf das Schicksal des Vaterlandes gebracht. Schon immer war deshalb in den Trägern liberaler Weltanschauungen der Wunsch lebendig, diese Zersplitterung, die oft genug bis zur Selbstzerfleischung ging, zu überwinden.

Unmittelbar nach dem Umsturz hatte es den Anschein, als ob unter dem Druck der Ereignisse das Ziel der Einigung erreicht sei. Im letzten Augenblick scheiterte auch dieser Versuch, aber der Gedanke blieb in uns lebendig, und ihn durch die Deutsche Demokratische Partei, der wir bisher angehört, zu verwirklichen, war unser fester Wille. Die Ereignisse der jüngsten Zeit, die sich bis zur Auflösung des Reichstages verdichteten, haben den Beweis erbracht, daß die Deutsche Demokratische Partei eine Entwicklung genommen hat, die hiermit unvereinbar ist. Will die Partei, wie ihre Führer und Zeitungen noch bis in die jüngste Zeit verkündet haben, und wie es auch der von ihr tatsächlich eingenommenen Haltung entsprechen würde, bei einer Entscheidung zwischen rechts und links unbedingt nach links an die Seite der Sozialdemokratie gehen, dann hat sie damit den Charakter einer Mittelpartei aufgegeben, die sich die Freiheit wahren muß, je nach der politischen Konstellation auf die rechte Seite einer Linkscoalition oder auf die linke Seite einer Rechtscoalition treten zu können. Bei dieser einseitigen Wendung nach links sehen wir zu unserem schmerzlichen Bedauern zurzeit in der Deutschen Demokratischen Partei keinen Raum mehr für die Arbeit an der Einigung des Liberalismus. Der Moment ist gekommen, sie außerparteilich wieder aufzunehmen. Es gilt, einen versöhnlichen Sozialliberalismus herauszuführen, der sich unabhängig vom Radikalismus von rechts und links in starkem vaterländischem Empfinden, in weitherziger, freierwilliger Weltanschauung, in Würdigung des edlen Wertes individueller Kraftentfaltung wie der Unentbehrlichkeit sozialer Verständnisses offenbart und bewährt und auf dieser Grundlage seine Rolle im öffentlichen Leben Deutschlands spielt. Die alten Ideale des Liberalismus, eingestellt auf zeitliche Notwendigkeiten und die wirtschaftlichen Bedürfnisse einer neuen schweren Zeit, sollen den Boden abgeben, auf dem sich alle zusammensuchen, die über Einzelinteressen hinwegblickend, sich der Gesamtheit im Dienst an ihr widmen. Um diesen Gedanken zu verwirklichen und so auch zu unserem Teile zur Sicherung der durch die gegenwärtigen Parteizustände aufs schwerste erschütterten Grundprinzipien des Staates beizutragen, haben wir die Liberale Vereinigung ins Leben gerufen. Sie soll, ohne eine neue Partei zu bilden, ein Sammelpunkt und eine Aufnahmestellung für unsere Gefinnungsgenossen abgeben. Welche Wege im einzelnen einzuschlagen sein werden, wird weiterer Beschlussfassung vorbehalten sein. Unser Ziel wird umso sicherer erreicht werden, je schneller sich alle diejenigen, in deren Sinn wir streiten, entschließen, durch ihren Beitritt sich zu uns und unseren Bestrebungen zu bekennen.“

Der Wahlaufbruch des Zentrums.

Berlin, 28. Okt. Der vom Reichszankler als Vorsitzendem und dem gesamten Vorstand der Zentrumspartei unterzeichnete Wahlaufbruch erinnert an die Entspannung der außenpolitischen Lage und die jahrelangen Bemühungen des Zentrums, eine besonnene Politik im deutschen Volk zu begründen, die auf die Erhaltung seiner Einheit, die Wiedererlangung seiner nationalen Freiheit und seiner materiellen Wohlfahrt gerichtet sei. Das Zentrum werde

Neueste Nachrichten.

Die Wahlen in England gingen gestern, unter erheblich stärkerer Beteiligung als im Dezember vergangenen Jahres vor sich.

Das Kabinett Macdonald beabsichtigt, zur Feststellung der Verantwortlichkeit für seinen Sturz nach der Wahlniederlage nochmals vor das Parlament zu treten.

Als Spitzenkandidaten der deutsch-demokratischen Reichsliste kandidierten Dr. Koch, Frau Dr. Bäumer, Erkelenz und Dr. Fischer.

Herriot stellte in seiner Anerkennungs-Note an Rußland das Prinzip der Anerkennung der Kriegsschulden und Vorkriegsschulden Rußlands auf.

diese allein erfolgversprechende und wahrhaft nationale Politik entschlossen weiterführen und werde mit allen denen zusammenwirken, die den Wiederaufbau von Staat und Volk auf dem Boden der bestehenden verfassungsmäßigen Ordnung und friedlichen Entwicklung wollten, mögen sie von links oder rechts kommen. Nach der durch die Londoner Abmachungen eingetretenen Beruhigung im Wirtschaftsleben sei die nächste Aufgabe, die noch vorliegenden Schwierigkeiten schrittweise zu beheben und bei den kommenden Handelsverträgen weitere gedeihliche Aussichten zu eröffnen. Darum weg mit dem Radikalismus und der bisherigen nationalen Rettungsarbeit, für die Befreiung von Ruhr und Rhein, für den Schutz der Weimarer Verfassung und für die Befestigung der Staatsautorität, sowie für einen wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich und gerechte Lastenverteilung.

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 29. Okt. Der diesjährige Parteitag der Deutschen Volkspartei ist vorverlegt worden. Er findet nunmehr am 13. und 14. November in Dortmund statt. Am 13. November tritt der Zentralvorstand zu einer Sitzung zusammen. Am 14. November sind die eigentlichen Parteisitzungen, in deren Mittelpunkt ein Referat des Reichsaußenministers Dr. Stresemann stehen wird.

Gewaltige Verminderung der französischen Besatzungskosten.

Paris, 29. Okt. Die Finanzkommission der französischen Kammer beendete heute vormittag die Beratung über das Budget der Ausgaben, und zwar wurde das Kapitel der von Deutschland zu deckenden Ausgaben erörtert. Dieses bildete bisher ein eigenes Budget, wird aber von heute an dem ordentlichen Budget einverleibt. Die Finanzkommission legte den von der Regierung verlangten Kredit von 650 Millionen Franken für Besatzungskosten in den Rheinländern auf 52 Millionen herab. Es ist vorläufig nicht bekannt, in welcher Weise dieser bedeutende Abstrich von nahezu 600 Millionen erzielt wurde, vor allem ob damit eine Herabsetzung der Truppenstärke in den Rheinländern verbunden sein soll.

Die Regierung hatte ferner 31 Millionen für Verwaltungskosten der verschiedenen französischen Kommissionen in Deutschland gefordert. Dieser Betrag wurde auf 27 Millionen herabgesetzt.

Heute nachmittag begann die Finanzkommission mit der Prüfung des Finanzgesetzes und des Einnahmehudgets.

Die Schulden Frankreichs.

Paris, 28. Okt. Der „Intranseant“ veröffentlicht heute eine Statistik der französischen Schulden. An Amerika schuldet Frankreich mehr als 64 Milliarden, an England mehr als 51 Milliarden; die Gesamtschulden betragen danach rund 116 Milliarden. Frankreich hat von Rußland, Belgien, Jugoslawien, Rumänien, Griechenland, Polen, der Tschechoslowakei, Oesterreich und kleineren Nationen 13 767 000 000 zu fordern. Von Deutschland würde es gemäß dem Dawesplan 16 Milliarden Goldmark erhalten, was in Papierfranken ungefähr 53 Milliarden ergeben würde. Im ganzen würde also Frankreich 66 Milliarden bekommen und wäre 116 Milliarden schuldig, sodas es für 50 Milliarden Papierfranken aus eigenen Mitteln aufzulassen hätte.

